Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Ripper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Januar 17, 1867.

Die Inauguration

von Gen. Geary als Gouverneur des Staates Pennsylvanien fand am Dienstag (vorgestern) unter Betheiligung einer großen Menge Weißer und Schwarzer statt. In einer von ihm abgelesenen Adresse (einen on-dit zufolge von General-Anwalt Brewster verfaßt) bekennt er sich zu den „Schwärzesten der Schwarzen!".

O Geary — o, o — Geary — o!
Wie sind die Nigger jetzt so froh!

Auf die Adresse werden wir später zurückkommen, da wir heute weder Zeit noch Raum haben.

Radikaler Caucus.

Letzten Donnerstag versammelten sich die radikalen Mitglieder der Gesetzgebung im Capitol allhier, um zur Ernennung eines Candidaten für die am nächsten 4ten März erledigte Ver. Staaten Senator-Stelle zu schreiten. Nachstehend geben wir die Abstimmung über die verschiedenen Candidaten. Die Betheiligten waren natürlich lauter Radikalen von der „schwärzesten Wolle":

Für Cameron. — Die Herren Brown, von Mercer,Co., Coleman, Connell, Cowles, Graham, Haines, Landon, Barton, Brown, von Mifflin, Cameron, Chadwick, DeHaven, Donohue, Freeborn, Ghegan, Harbison, Hoffmann, Humphreys, Kennedy, Kern, Kemmel, Kinney, McCamant, McKee, Lowry, McConaughy, Ridgway, Stutzman, Worthington, Hall, Mann, Marks, Mechling, Meily, Seiler, Stumbaugh, Subers, Sharpleß, Waddell, Schuman, Weller, Whann, Woodward, Worrall, Glaß und Wright.—46.

Für Curtin. — Die Herren Adair, Espy, M'Creary, Allen, Ewing, Royer, Chase, Gallagher, Taylor, Colvill, Gordon, White, Davis, Lee, Pennypacker, Day, Peters, Pillow, Quay, Wharton, Wallace, Wingard, Watt.—23.

Für Stevens. — Die Herren Bigham, Roth, Armstrong, Stacy, Richards, Stehman, Wilson.—7.

Für Grow. — Die Herren Brown, von Lawrence Co., Leach, McPherrin, Webb.—5.

Das Resultat zeigt die Niederlage des „Soldaten-Freundes",—Gov. Curtin, —oder eigentlich (wie sich Einer ausdrückte) den „Triumph des Capitals über Arbeit!" Wo sind die Freunde der Soldaten?

Thad. Stevens, Col. McClure, Curtin und Dead Duck Forney sollen sehr erbittert sein über Cameron. Nur ruhig Blut, ihr Herren; ihr seid und bleibt immerhin doch „gleiche Brüder, gleiche Kappen, gleiche Lumpen, gleiche Lappen", und damit Punktum!

Cameron als Ver. Staaten Senator erwählt!!

In Bezug der Wahl eines Ver. Staaten Senators bemerkten wir in unserem Blatte vom 15. November, '66: „Doch, nach allem was wir von beiden Rivalen wissen (nämlich Cameron und Curtin), zu urtheilen, so sind wir geneigt, unsern "Stove-pipe" zu wetten, daß der alte Winnebago Chef—Simon Cameron—erwählt wird." Nun, unsere Prophezeihung ist wirklich wahr geworden!—Simon Camoron wurde vorgestern von den Radikalen als Ver. Staaten Senator von Pennsylvanien erwählt!!!—Die Abstimmung war wie folgt: Im Senat erhielt Senator Edgar Cowan 10 Stimmen, und im Haus 37, zusammen 47—alle Demokraten. Simon Cameron erhielt im Senat 19, und im Haus 62, zusammen 81 Stimmen—alle radikal „schwarz." Zwei Demokraten, Randall und McCandleß, und zwei Republikaner, Billingsfelt und Fischer waren abwesend.

Schmach und Schande einer solchen Partei, die einen Mann wie Cameron erwählt, der von seiner eigenen Partei im Congreß öffentlich getadelt, und des Betrugs beschuldigt wird! Pfui, Schande!

Radikaler Fortschritt.

Ueber diesen Fortschritt schreibt eines unserer westlichen Wechselblätter:

Dreitausend Millionen Dollars Nationalschulden — was sind sie? — Ein Beweis des Fortschrittes!

Eine Million Gräber gefallener Soldaten — was beweisen sie? Den radikalen Fortschritt.

Die fruchtbarste und reichste Sektion des Landes verwüstet und verarmt — wovon zeugt es? Von den radikalen Fortschritten.

Eine zerrissene Union, noch immer zerrissen trotz der Riesenopfer, die wir ihrer Erhaltung gewidmet — wovon giebt sie Zeugniß? — Von dem Fortschritt unserer Radikalen!

Heimliche Organisationen und Bewaffnung der „Grand Army of the Republic", drohende Anarchie in allen Theilen des Landes — was demonstriren sie? — Den radikalen Fortschritt!

Eine Besteuerung, die alle Lebensbedürfnisse trifft und nur darauf berechnet zu sein scheint, den Reichen noch reicher und Armen zum Vagabunden zu machen — wovon legt sie Zeugniß ab? — Vom radikalen Fortschritt!

Das Negerstimmrecht im Distrikt Columbia.

Um unsern Lesern zu zeigen, wer dafür und dagegen stimmte, den Negern das Stimmrecht im Distrikt Columbia zu ertheilen, geben wir nachfolgend die Ja's und Nein's der Abstimmung. Man merke sich die Herren unter der schwarzen Decke!

Folgendes ist die Abstimmung im Senat.

Dafür:—Anthony, Cattel, Chandler, Conneß, Cragin, Fogg, Fowler, Frelinghuysen, Grimes, Henderson, Howard, How, Kirkwood, Lane, Morgan, Morrill, Poland, Ramsey, Roß, Sherman, Stewart, Sumner, Trumbull, Wade, Wiley und Williams — 26.

Dagegen:—Cowan, Dixon, Doolittle, Foster, Hendricks, Johnson, Nesmith, Norton, Patterson und Van Winkle — 10.

Abwesend waren Brown, Buckalew, Davis, Guthrie, Harris, McDougal, Nye Pomeroy, Riddle, Saulsbury, Sprague, Wilson und Yates — 13.

Im Hause der Repräsentaten stimmten

Dafür:—Allen, Ames, Arnell, Aschley (von Nevada), Aschley (Ohio), Baker, Baldwin, Banks, Barker, Beamaa, Benjamin, Bidwell, Bingham, Blane, Boutwell, Brandegee, Bromwell, Broomall, Buckland, Bundy, Clark, (O.), Clark, (Kans.), Cobb, Cullum, Darling, Defrees, Delano, Deming, Dixon, Donnelly, Driggs, Eckley, Farnsworth, Facquhar, Ferry, Garfield, Grinnell, Hardtug (Ill.), Hart, Hays, Henderson, Higby, Hill, Holmes, Hooper, Hubbard (W. Va.), Hubbard (Ct.), Ingersoll, Jenikes, Jullian, Kasson, Kelley, Kelso, Ketchum, Kuylendall, Lawrence (Pa.), Lawrence (O.), Long, Longyear, Lynch, Marston, McKee, McRuer, Mercur, Miller Morehead, Morrill, Moulton, Myers, O'Neill, Orth, Paine, Patterson, Perham, Pike, Price, Randall (Ky.), Randall (N. Y.), Rice (Mass.), Rice (Me.), Sawyer, Schenck, Scofield, Starr, Stevens, Stoke, Thaler, John C. Thomas jr., Trowbridge, Upsen, Vanterman, Ward (N. Y.), Warner, Washburne (Ill.), Washburne (Ind.), Welker, Wentworth, Williams, Wilson (Iowa) Wilson (Pa.), Windam—107.

Dagegen die Herren:

Ancona, Bergen, Campbell, Cooper, Davis, Dawson, Dodge, Eldrige, Finck Gloßbrenner, Harding (Ky.), Hawkins, Hise, Hogan, Hubbell (Ohio), Humphrey, Hunter, Kerr, Latham, Leftwick, McCullough, Niblack, Nicholson, Noell, Phelps, Randall (Penn.), Raymond (N. Y.), Ritter (Ky.), Roß, Sloan, Strouß, Taylor (Tenn.), Taber, Taylor, (N. Y.), Trimble, Ward, Whaley, Winfield—39.

Ist wohl ein vernünftiger Mann zu finden, der nach obiger Abstimmung noch behaupten wollte, daß die Republikaner **nicht für das Negerstimmrecht sind**? Man forsche unter den Namen nur genau nach, wer Demokrat und wer Republikaner ist, und man wird sich bald überzeugen, **wer den „schwarzen Pelz"** trägt.

Trotz dem, daß das Volk vom Distrikt Columbia mit einer ungeheuren Mehrheit sich **gegen** das Negerstimmrecht erklärt hat, setzt der radikale Congreß den Willen des Volkes zur Seite, und will ihm ein Gesetz aufzwingen, gegen welches es sich entschied! Wie schon bekannt, hat Präsident Johnson die passirte Bill mit seinem „Veto" belegt, allein da der Congreß diese Negerstimmrechtsbill mit mehr als zweidrittel Mehrheit (wie obige Abstimmung zeigt) dennoch passirte, so ist sie jetzt zum Gesetz geworden.

Nachfolgend geben wir einen Auszug der Veto Botschaft des Präsidenten, und überlassen es jedem unpartheiischen Leser zu entscheiden, auf welcher Seite das Recht ist. Der Präsident sagt:

„Nachdem im Anfang der ersten Sessiond es jetzigen Congresses Maßregeln eingebracht worden waren, welche die Ausdehnnng des Wahlrechtes auf Farbige im Distrikt Columbia bezweckten, thaten die Gemeindebehörden von Washington und Georgetown Schritte, um die Meinung der Bevölkerung der beiden Städte über einen ihre Wohlfahrt als Gemeinden so unmittelbar berührenden Gegenstand zu erfahren und bekannt zu machen. Als die Frage dem Volke in besonderen Wahlen, die im Dezember 1865 gehalten wurden, vorgelegt ward, sprachen sich die berechtigten Wähler von Washingtou und Georgetown mit großer Einmüthigkeit der Gesinnung gegen das beabsichtigte Gesetz aus.

In Washington wurden in einem Votum von 6556—mit zwei Ausnahmen das größte, welches in dieser Stadt jemals abgegeben ward—nur fünfunddreißig Stimmen für das Wahlrecht der Neger abgegeben: während in Georgetown bei einer Gesammtzahl von 813 Stimmen—eine Zahl, die das durchschnittliche Votum der vier vorhergegangenen Wahlen beträchtlich überschreitet—nur Eine Stimme für die beabsichtigte Ausdehnung des Wahlrechts abgegeben wurde. Da diese Wahlen den Gesetzen gemäß geführt wurden, so muß das Ergebniß als der wahre Ausdruck der Meinung des Volkes des Distrikts über die Frage, welche es hervorrief, angenommen werden. Als organisirte Gemeinde im Besitze desselben Volksrechts wie die Einwohner eines Staates oder Territoriums, seinen Willen über Dinge bekannt zu geben, welche seinen socialen und politischen Zuckand berühren, hätte es keine geeignetere Weise, sich dem Congreß gegenüber über diese Bill auszusprechen, wählen können, als durch die Stimmen seiner berechtigten Wähler.

Mit gänzlicher Mißachtung der Wünsche des Volkes des Distrikts Columbia hat es der Congreß für recht und zweckmäßig gehalten, die Maßregel anzunehmen, die jetzt mir zur Unterzeichnung vorliegt. Es wird deshalb die Pflicht der Executive, die zwischen der Gesetzgebung des Einen und dem rechtmäßig ausgesprochenen Willen des Andern steht, zu entscheiden, ob sie die Bill gutheißen und dadurch mitwirken soll, in das Gesetzbuch der Nation ein Gesetz aufzunehmen, gegen welches das Volk, auf das es Anwendung findet, feierlich und einmüthig protestirte oder ob sie dieselbe mit ihren Einwänden zurückgehen soll, in der Hoffnung, daß bei der Wiederberathung der Congreß als Repräsentant der Einwohner des Regierungssitzes ihnen erlauben werde, eine rein lokale Frage so zu ordnen, wie es ihnen für ihre Interessen und ihren Zustand am besten dünkt.

Der Distrikt Columbia wurde den Vereinigten Staaten von Maryland und Virginia abgetreten, damit er der bleibende Sitz der Regierung der Ver. Staaten werde. Vom Congreß angenommen, wurde er sogleich Gegenstand exclusiver Gesetzgebung, wofür in der Bundesverfassung Vorsorge getroffen ist. Man sollte jedoch nicht vergessen, daß die Autorität der National-Gesetzgebung in der Ausübung ihrer Funktionen als die Gesetze gebende Gewalt des Distrikts Columbia nicht unbeschränkt ist, und daß der Congreß verpflichtet ist, den Buchstaben und den Geist der Constitution sowohl in der Erlassung von Lokalgesetzen für den Regierungssitz, wie in der gemeinschaftlichen Gesetzgebung für die gagze Union zu betrachten.

Würde man einwenden, daß das Recht, „in allen möglichen Fällen exclusive Gesetze zu erlassen" dem Congreß innerhalb des Distrikts Columbia unbeschränkte Gewalt übertrüge, so könnten innerhalb seiner Grenzen Adelstitel verliehen werden, oder es kännten Gesetze erlassen werden, bezüglich der Einführung einer Religion oder des Verbotes der freien Ausübung der Religion, oder der Aufoebung der Rede- und Preßfreiheit, des Versammlungs-uud Petitions-Rechtes. Auf diese Weise würde am Sitze der Regierung eines freien Volkes der Despotismus herrschen, und würde der Regierungssitz als permanenter Aufenthaltsort von Allen gemieden werden, welche die Segnurgen der Freiheit den bloßen Emolumenten eines Amtes vorziehen."

Die Anklage gegen den Präsidenten.

Hr. Ashley von Ohio stellte den folgenden Antrag: „Ich klage hiermit Andrew Johnson, Vice-Präsident und fungirenden Präsidenten der Vereinigten Staaten, des Hochverraths und des Vergehens von Staats-Verbrechen an. Ich beschuldige ihn der Anmaßung von Gewalt und der Verletzung des Gesetzes und zwar, daß er die Gewalt der Amtseinsetzung auf corrupte Weise mißbraucht hat, daß er die Gewalt des Vetos auf corrupte Weise mißbrauchte, daß er auf corrupte Weise über das öffentliche Eigenthum der Ver. Staaten verfügte, daß er sich auf corrupte Weise in Wahlen mischte, und daß er Handlungen vornahm und mit Anderen zu deren Vornahme conspirirte, welche vor der Constitution Hochverrath und Staatsverbrechen sind.—Deßhalb sei es:

„Beschlossen, daß das Justiz-Comite ermächtigt werde, eine Untersuchung über die Amtsführung von Andrew Johnson, Vice-Präsidenten und amtirenden Präsidenten, anzustellen; dem Hause zu berichten, ob derselbe sich solcher Amtshandlungen schuldig machte, welche die Regierung der Ver. Staaten oder irgend ein Departement derselben stürzen, umwälzen oder corrumpiren sollten; und ob besagter Andrew Johnsan sich irgend einer Handlung schuldig machte, oder mit Anderen dafür conspirirte, welche vor der Constitution Hochverrath und Staatsverbrechen sind und das Einschreiten der constitutionellen Gewalt des Hauses fordern; und daß besagtes Comite Vollmacht erhält, nach Papieren und Personen zu schicken und den Zeugen den gebräuchlichen Eid abzunehmen."

Hr. Spalding (Ohio) beantragte, den Beschluß auf den Tisch zu legen. Abgelehnt mit 105 gegen 39 Stimmen. Der Beschluß wurde danu unter der Entscheidung der Vorfrage angenommen mit 106 gegen 36 Stimmen.

Ver. Staaten Supreme Court.

Nachstehend geben wir die Namen der Richter der Supreme Court der Vereinigten Staaten, das höchste Gerichts-Tribunal dieses Landes, nebst dem Datum ihrer Anstellung:

1835—James M. Wayne, von Georgia.
1845—Samuel Nelson, von New-York.
1846—Robert C. Grier, von Pennsylvanien.
1858—Nathan Clifford, von Maine.
1862—Noah M. Swayne, von Ohio.
1862—David Davis, von Illinois.
1862—Samuel F. Miller, von Iowa.
1863—Stephan J. Field, California.
1863—Sal. P. Chase, von Ohio, Oberrichter.

Die vier Erstgenannten sind Demokraten, während die sechs Letzteren sich zur republikanischen Partei bekennen; fünf davon wurden von Präsident Lincoln ernannt.

Trotzdem, daß die Mehrheit der Richter aus Republikanern besteht, hat die Supreme Court dennoch den Testeid und die Verurtheilung von Civilpersonen durch Militär-Commissäre für **constitutionswidrig** erklärt!

Die Richter werden für lebenslänglich, oder so „lange sie sich gut betragen", ernannt.

Staats-Convention von Ohio.

Die demokratische Staats-Convention von Ohio, welche sich vorletzten Dienstag in Columbus versammelte, hat folgende Ernennungen für die im Oktober dieses Jahres stattzufindende Staats-Wahl gemacht:

Für Gouverneur:
Allen G. Thurman, von Franklin.
Für Lieutenant-Gouverneur:
Daniel S. Uhl, von Holmes.
Für Staats-Schatzmeister;
Dr. C. Fulton, von Crawford.
Für Auditor:
John McElwee, von Butler.
Für General-Anwalt:
Frank H. Hurd, von Knox.
Für Supreme Court Richter:
Thomas M. Key, von Hamilton.
Schatzamts-Controlleur:
Wm. Scheridan, von Williams.
Board der öffentlichen Werke:
Arthur Hughes, von Cuyahoga.

Immer besser.

Der Rumpf-Congreß ist noch nicht damit zufrieden, den Bürgern des Distriktes Columbia das Negerstimmrecht aufgezwungen zu haben — auch in den öffentlichen Schulen soll künftig daselbst kein Unterschied zwischen weißen und schwarzen Kindern gemacht werden und alle dieselben Rechte haben. — Das Nächste wird sein, daß weiße Frauenzimmer künftig den Antrag eines „loyalen" stinkenden pech-raben-tinten-ruß-höllen-teufel-schwarzen Niggers zum Heirathen nicht mehr zurückweisen dürfen!—

Sind sie zu Gunsten des Negerstimmrechts?

Beide Häuser des Congresses haben die Negerstimmrechts-Bill über das Veto des Präsidenten mit mehr als zwei Drittheil passirt!!! Sind die Radikalen zu Gunsten des Negerstimmrechts? Es gibt noch einige ungläubigen Republikaner, die es gerne wissen möchten!—

Die Wiederherstellung der Union.

Trotz dem Wüthen und Toben der Radikalen in und außerhalb des Congresses, und ihrem Wunsche, die Wiederherstellung der Union so weit wie möglich hinauszuschieben, so bedarf es doch keiner besonderen Staatklugheit zu begreifen, daß eine baldige Vereinigung des Nordens und Südens ein dringendes Bedürfniß werden wird und muß. — Wenn höhere Motive und edlere Gesinnungen ihren Einfluß bei dem Restaurationswerke nicht gehörig geltend und wirksam machen können, so sollten die gewöhnlichsten Utilitäts Rücksichten zur Erreichung dieses Zieles in Anspruch genommen werden. Es ist gewiß ein harter Schlag für die industrielle Prosperität des Landes, die Kluft zwischen dem Norden und Süden, welche sich täglich mehr und mehr erweitert, fortbestehen zu lassen. Muß nicht das Volk des Südens, wenn es sich fortwährend zurückgesetzt und von der Rückkehr zu seiner früheren Stellung abgehalten sieht, zuletzt wieder allen Unions-Gefühlen entfremdet werden, und muß nicht das Volk des Nordens sich nach und nach an einen anomalen Zustand der Dinge gewöhnen und dadurch den republikanischeu Freiheits- und Gleichheits-Sinn einbüßen?

Ueber kurz oder lang wird der ökonomische Mißgriff oder Irrthum des Gespaltenseinlassens sich rächen. Wenn einmal die Hitze blinder Leidenschaft so abgekühlt ist, daß man mit Ruhe unter die Oberfläche der Ereignisse blicken und den Gang der wirklichen Strömung beobachten kann, dann wird sicher das Volk bedauern und sich schämen, falschen Führern mit einem unverdienten Vertrauen gefolgt zu sein.

Um unsern Lesern zu zeigen, mit welchen Gefühlen der Süden in Hinsicht der Vereinigung beseelt ist, geben wir folgende beherzigungswerthe Worte der „Atlanta New Era" aus Georgia:

„Man denke und sage was man will,—dieses große Land hat die Bestimmung, **eines** zu bleiben. Wenn vier und mehr Kriegsjahre, zwei Millionen bewaffnete Männer und fünfmalhunderttausend Gefallene nicht hinreichen, die größten Skeptiker davon zu überzeugen, dann müssen wir sie wirklich ihren Träumereien überlassen. Alte Parteien mögen verschwinden (und sie sind verschwunden); neue politische Combinationen mögen entstehen; böse Menschen mögen herrschen (und dies ist vielleicht jetzt der Fall); —aber der Anglo-Amerikaner liebt Land, Schiffe, Handel und Geld,—auch liebt er die Freiheit; allein Eigenthum und Unabhängigkeit erfordern eine stabile Regierung und eine gleichförmige Verwaltung. Er weiß dies und will daher nicht seine materiellen Interessen aus Streitsucht auf's Spiel setzen.

Wir hielten einstens dieses Land für **theilbar** und arbeiteten länger als vier Jahre mit allem Eifer, um eine Trennung zu bewirken.—Wir fragten die Berge, ob sie nicht einen Wall zwischen dem Norden und Süden bilden wollten, und sie erwiederten: Nein!—Wir fragten den Ohio, den Mississippi und den Potomac und es gaben diese Flüsse die nämliche Antwort.—Wir appellirten an Sümpfe und Moräste, an Pestilenz und brennende Sonne und sie riefen sämmtlich: Nein!—Die kleinen Hügel, welche die ruhmreichen Todten von tausend Schlachtfeldern bedecken, antworteten: Nein!—Vom Penobscot bis zu den Tortugas hallten dieselben Worte wieder,—und aus zahlreichen Forts und Schießgruben, von eingeäscherten Städten, Dörfern und Heimathen tönte der Ruf, damals prophetisch und jetzt geschichtlich: Nein!—Nein!

Darum lasset uns arbeiten, wie vor uns niemals gearbeitet wurde, um die alte Freundschaft und Brüderlichkeit des Volkes wiederherzustellen, und wir werden glücklicher leben und sterben, wenn dies geschehen ist! Lasset uns gütig und gerecht gegen die freigewordenen Neger sein und sie werden bei uns bleiben und unsere Ländereien cultiviren! Lasset uns darauf sehen, daß alle für ihren Schutz erlassenen Gesetze genau befolgt werden, und lasset uns dieselben auf alle mögliche Weise bei der Begründung ihres Glükkes unterstützen. Aber in Allem, was die Regierung und die großen Landmarken bürgerlicher Freiheit betrifft, lasset uns keinen Vergleich eingehen, sondern fest bei der Constitution stehen, wie der muthige Seemann bei der letzten Planke des Wraks steht!

Männer des Nordens und des Südens!—es ist hohe Zeit, einzuhalten, feierlich einzuhalten und den vor uns gähnenden Abgrund zu betrachten. Wenn Mißgunst, Feindschaft, Haß und Ehrgeiz zu herrschen fortfahren müssen, dann sind wir wirklich verloren!"

Verhandlungen der

Gesetzgebung von Pennsylvanien.

Harrisburg, Januar 10. 1867.

Folgende Gesetzvorschläge wurden verlesen:

Eine Akte, um die Germania Sparbank von Erie zu inkorporiren.

Eine Akte, um ein Armenhaus in Lawrence County zu baueu.

Eine Akte, um die Freedom Eisen- und Stahlwerke zu incorporiren.

Die Committeen, um die bestrittene Wahl der Herren Mullin von Philadelphia County und Couch von Union County zu untersuchen, wurden zurückgezogen.

Wm. H. Kemble von Philadelphia wurde als Staats-Schatzmeister wieder erwählt.

Der Achtb. Edgar Cowan wurde von den Demokraten als Candidat für die Ver. Staaten Senatorstelle nominirt.

Harrisburg, Jan. 11. '67.

Eine Akte wurde verlesen, um die Eureka Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu inkorporiren. Ferner

Eine Akte, um die Lykens Valley Kohlen-Compagnie zu inkorporiren.

Eine Committee war ernannt worden, um die Beschuldigung, daß mehrere Mitglieder bezüglich der Erwählung eines Ver. Staaten Senators bestochen worden seien, zu untersuchen. Da aber „keine Krähe der andern die Angen aushackt", so wird auch diese Untersuchungs-Committee mit gehörigem „Zugpflaster" zuschmieren, und somit die ganze Farce zu Wasser werden.

Hr. Quay überreichte eine Remonstrance von Bürgern von Beaver County, gegen die Passirung eines Gesetzes, das daß Brennen von rohem Oel verbietet.

Hr. Waddell eine Bittschrift von dem Agricultur-Collegium von Pennsylvanien, für die Gründung von Farm-Schulen.

Hr. Lee machte den Vorschlag, den Tisch, auf welchem die Deklaration der Vereinigten Staaten unterschrieben wnrde, und der sich jetzt in dem Zimmer der Staats-Bibliothek befindet, nach der Independence-Halle in Philadelphia, bringen zu lassen. — Wurde angenommen.

Hr. Mann verlas eine Bittschrift von sechszig Frauen von Potter County, bittend für die Passirung eines Gesetzes, um Wittwen nach dem Tode ihrer Ehemänner dieselben Rechte, bezüglich ihres gemeinschaftlich erworbenen Vermögens, zu sichern, wie den Männern bei dem Tode ihrer Frauen. — (Ein solches Gesetz halten wir für nicht mehr als recht und billig. — Anm. d. Red.)

Hr. Weller verlas eine Bittschrift von Bürgern von Somerset County, bittend, um die Passirnng eines freien Eisenbahn-Gesetzes.

Die Herren Boyd u. Maish reichten Bittschriften ein, für den Wiederaufbou der Columbia-Brücke.

Hr. Mann stellte den Antrag, daß die Untersuchung bezüglich der Exemption von Taxen gewissen Eigenthums in Philadelphia, auf alle Counties im Staat ausgedehnt werde. — Wurde angenommen.

Hr. Hood machte den Vorschlag, eine Committee von 5 zu ernennen, um zu untersuchen, ob das Fahren der Dampf-Locomotiven auf den gepflästerten Straßen in Philadelphia zweckdienlich sei.—Vertagt.

—**Im Bundessenate** ist vorgestren mit 24 gegen 7 Stimmen die Bill durchgegangen, welche den 13. Abschnitt der Amnestie-Akte, die Lincoln ein spezielles Recht zur Begnadigung der Rebellen verlieh, in Bezug auf Johnson widerruft. Es frngt sich aber sehr, ob der Präsident dieses besondere Begnadigungsrecht nicht bereits durch die Constitution besitzt?

Verhandlungen des

Rumpf-Congresses, Nro. 2.

Washington, 8. Jan. '67.

Senat.

Herr Morgan überreichte zwei Proteste gegen die Erhöhung des Einfuhrzolls auf Stahl. Herr Sherman überreichte eine Petition um Erhöhung des Zolls für fremde Wolle.

Die Bill zur Aufnahme von Nebraska als Staat kam sodann zur Verhandlung. Zunächst lag das Brown'sche Amendement vor, daß der Staat nur dann aufgenommen werden solle, wenn die Bevölkerung in geeigneter Weise beschlossen habe, Niemandem das Stimmrecht wegen der Hautfarbe zu verweigern. Sumner sprach sich für das Amendment und Hr. Cowan gegen die ganze Bill aus. Grimes sprach sich im Sumner'schen Sinne aus.

Edmunds vindicirte dem Congresse das Recht in Betreff der Aufnahme eines Territoriums als Staat Bedingungen zu stellen: Howard bestritt dies: Kirkwood befürwortete die Annahme der Bill ohne Bedingungen: Wade hielt eine lange Rede zu Gunsten der Bill. Nach einer längeren Debatte vertagte sich der Senat um 5 Uhr, nachdem man dahin übereingekommen war, daß morgen (Mittwoch) Nachmittag 3 Uhr die Abstimmung über die Bill zur Aufnahme von Nebraska vorgenommen werden solle. Im Laufe der Sitzung wurde der Sekretär des Senats angewiesen, dem Staatssekretär in der gehörigen Form mitzutheilen, daß die Negerstimmrechtsbill von beiden Häusern des Congresses mit einer Zweidrittelmajorität angenommen worden sei.

Haus.

Nach Verlesung des Protokolls überlieferte der Sekretär des Senats eine Botschaft, des Inhalts, daß letzterer trotz dem Veto des Präsidenten die Negerstimmrechtsbill für den Distrikt Columbia angenommen habe.

Hr. Niblack beantragte Vertagung aus Anlaß des Jahrestages der Schlacht von New Orleans, welchen jeder Patriot als einen Feiertag begehen müsse.

Hr. Ashley, das radikalste und energischste Mitglied der sogenannten Unionspartei, sagte, das habe „ausgespielt".

Es waren nur etwa 20 Demokraten im Hause und der Antrag wurde natürlich verworfen.

Die Negerstimmrechtsbill und die Vetobotschaft des Präsidenten wurden sodann vorgelegt. Letztere wurde vorgelesen, allein die rep. Mitglieder hörten wenig zu. Auf der Gallerie für Männer bestand die Hälfte der Anwesenden aus Negern.

Die Bill wurde trotz dem Veto des Präsidenten mit 113 gegen 36 Stimmen angenommen. Der Sprecher erklärte hierauf die Bill für ein trotz der Einwendungen des Präsidenten vollgültigis Gesetz.

Washington, Jan. 9. '67.

Senat.

Sumner legte die Ansprüche der New-England Emigranten Hülfsgesellschaft auf $20.000 für Beschädigungen vor, die dem Eigenthum derselben in Leavenworth zugefügt worden sein sollen.—(Es ist am besten, man giebt diesen Neu England Yankees die ganze Kasse.—Anm. d. Herausg.)

Um 12 Uhr 50 Minuten wurde die Bill zur Zulassung des Territoriums Nebraska als Staat in den Bund aufgenommen.

Johnson von Maryland sprach gegen das Amendement, das das Neger Wahlrecht als Zulassungs Bedingung auferlegen will. Noch niemals sei behauptet worden, daß der Congreß das Recht habe, für das Volk eines neuen Staates die Constitution zu formiren, und das vorgeschlagene Amendement thue das. Der Congreß hat Gewalt neue Staaten in den Bund aufzunehmen, aber auch gar keine Macht Constitutionen für Staaten zu machen, die sich um die Zulassung bewerben. Das Amendement vernichtet die durch die Bundes-Constitution garantirte Ebenbürtigkeit der Staaten.

Sumner sprach zur Erläuterung des Votums, das abzugeben er im Begriff stehe. Er würde Hrn. Bromn's Amendement den Vorzug geben, wenn es aber nicht angenommen werden sollte, würde er für Herrn Edmunds Amendement stimmen.

Nach längerer Discussion wurde über die Frage abgestimmt, ob Herrn Edmunds Amendement als Substitut für das Amendement des Herrn Brown angenommen werden soll. Es stimmten dafür 15 und dagegen 17. Edmund's Amendement wurde sohin verworfen. Hierauf wurde über Browns Amendement abgestimmt und dasselbe ward verworfen mit 24 gegen 8.

Herr Edmunds bot hierauf seinen niedergestimmten Vorschlag als unabhängiges Amendement an. Dasselbe lautet:

„Section —, daß dieses Gesetz mit der fundamentalen und immerwährenden Bedingung in Wirksamkeit treten soll, daß im erwähnten Staat Nebraska keine Verkürzung in der Ausübung des Wahlrechts oder irgend eines Rechts wegen der Race oder der Hautfarbe irgend welcher Personen stattfinden soll, mit Ausnahme der unbesteuerten Indianer."

Wade befürwortete das Amendement. Es wurde verworfen mit 18 gegen 18.

Nachher wurde die Bill dem Plenar-Committee entnommen und in den Senat gebracht, und das soeben niedergestimmte Amendement wurde mit 20 gegen 18 angenommen.

Endlich wurde über die Bill abgestimmt und sie wurde angenommen. Es stimmten dafür die Herren:

Anthony, Cattell, Chandler, Conneß, Cragin, Creswell, Edmunds, Fogg, Fowler, Henderson, Howard, Kirkwood, Lane, Morrill, Poland, Ramsey, Roß, Sherman, Stewart, Sumner, Van Winkle, Wade, Wiley, Williams. — 24.

Nein — Buckalew, Cowan, Dixon, Doolittle, Foster, Grimes, Hendricks, Howe, Johnson, Morgan, Nesmith, Norton, Patterson, Riddle, Saulsbury — 15.

Abwesend oder nicht gestimmt — Brown, Davis, Frelinghuysen, Guthrie, Harris, McDougal, Nye, Pomeroy, Sprague, Trimble, Wilson, Yates — 12.

Wade rief die Bill zur Zulassung des Territoriums Colorado als Staat in den Bund auf.

Edmunds beantragte ein Amendement ähnlich dem, welches er zur dritten Section der Nebraska Bill gestellt hatte, und es wurde angenommen.

Hendricks hielt eine Rede gegen die Zulassung von Colorado.

Doolittle sprach ebenfalls gegen die Bill.

Sherman sprach zu Gunsten derselben.

Nach längerer Discussion, an der sich die Herrn Wiley, Williams, Edmunds, Wade und Doolittle betheiligten, wurde dieselbe mit 23 gegen 11 angenommen. Es stimmten mit Ja die Herren:

Anthony, Cattell, Chandler, Conneß, Cragin Creswell, Edmunds, Fowler, Henderson, Howard, Kirkwood, Lane, Morrell, Poland, Ramsey, Roß, Sherman, Stewart, Summer, Van Winkle, Wade, Wiley und Williams — 23.

Mit Nein die Herren:

Buckalew, Doolittle, Foster, Grimes, Hendricks, Johnson, Morgan, Nesmith, Norton, Patterson und Riddle — 11.

Wade rief die Bill auf, welche die Gesetze des Congresses über die Territorien annullirt, die in der Ausübung der Wahlrechte oder anderer Civil- und politischer Rechte der Farbe wegen einen Unterschied zulassen. Die Erwägung der Bill wurde aufgeschoben und der Senat schritt zur Vertagung.

Die neueste Entscheidung des Oberbundesgerichts und ihr Folgen.

Die Entscheidung der Supreme Court in dem von einer Militärcommission in Indiana wegen „Verschwörung" zum Tode verurtheilten L. P. Milligan betreffenden Falle ist endlich veröffentlicht worden. Dieselbe erklärt den Prozeß gegen Milligan für gesetzwidrig; als Bürger Indiana's welcher sich nicht in Rebellion befunden, habe er nur vor ein Civil-, nicht vor ein Militärgericht gestellt werden können; eine der klarsten Vorschriften der Bundesverfassung sei verletzt worden, als er vor ein vom Gesetz nicht autorisirtes und verordnetes Gericht gestellt, und außerdem eine Freiheitsgarantie dadurch gestürzt worden, daß man ihm eine Aburtheilung durch Geschworene verweigert habe. In der weiteren Begründung der Entscheidung wird bemerkt, die Verfassung sei Gesetz für Regierende und Volk ebensowohl im Kriege, wie im Frieden, und sie decke mit ihrem Schilde alle Klassen zu allen Zeiten und unter allen Umständen, und es sei nie ein Grundsatz, der gefährlichere Folgen nach sich ziehe, von menschlichem Hirn ausgeheckt worden, als der, daß irgend eine Bestimmung der Verfassung während irgend einer Prüfungszeit für die Regierung suspendirt werden könne. Ein solcher Grundsatz führe direkt zu Anarchie und Despotismus. Die Nothwendigkeitstheorie, auf welche derselbe sich stütze, sei falsch.

Diese Entscheidung hat natürlich große Bestürzung in radikalen Kreisen hervorgerufen, da sie die offizielle gerichtliche Verdammung ihrer despotischen Unterjochungspolitik enthält und die Opposition der Demokraten gegen die vielfachen Verfassungsverletzungen unter der vorigen und der gegenwärtigen Administration für begründet erklärt. Dieselbe hat auch bereits die Folge gehabt, daß überall in den südlichen Staaten das militärgerichtliche Verfahren auf spezielles Geheiß des Präsidenten eingestellt worden ist. Die Aufhebung der Militärgerichte, dieser gefügigen Werkzeuge despotischer Willkühr, ist aber sicherlich ein harter Schlag für die Partei, welche ihre „großen moralischen Reform-Ideen" dem Lande durch Bajonnet und Galgen aufoktroiren möchte.

Und es scheint, daß ein noch schwererer Schlag gegen jene Partei geführt werden soll. Südliche Juristen wollen nämlich die Verfassungsmäßigkeit der Neger-Civilrechtsbill anfechten; Richter Magruder von Maryland ist mit der Ausarbeitung von Klagen gegen Bundes-Beamte beschäftigt, die auf Grund jenes Gesetzes gegen Staatsbehörden eingeschritten waren; diese Fälle sollen vor das Oberbundesgericht gebracht werden, und man hält für höchst wahrscheinlich, daß dieses gewisse Bestimmungen der Civilrechtsbill für verfassungswidrig erklären wird. Welche Aussicht hätten dann die Sumner'schen und Stevens'schen Territorialisirungsprojekte? Alle Arbeiten und Mühen der Destruktionisten würden umsonst gewesen sein und die nächste Präsidentenwahl würde herankommen, ohne daß für eine Ausschließung der Präsidentschafts-Elektoren der südlichen Staaten aus dem Wahlcollegium hinreichend gesorgt wäre.

Man darf sich daher nicht wundern, daß Stevens, dessen ganzes mit so vieler Kunst aufgebaute Gebäude in Trümmer zu fallen droht, das ihm unbequeme Oberbundesgericht ebenfalls „mediatisiren,, und zu einem bloßen Werkzeug der Majoritätspartei im Congresse herabwürdigen will und bereits eine Bill in diesem Sinne ausgearbeitet hat. Auch die stärkste Schutzwehr der Verfassung muß erst stürzen, ehe man mit letzterer selbst gründlich aufräumen kann.

Wendell Phillipps, der den Radikalen die Bahnen, die sie zu wandeln, zu zeigen und zu ebenen gewohnt ist, erblickt dagegen die einzige Rettung in der Beseitigung des Präsidenten durch ein Impeachment und eine Verurtheilung. Sumner oder Wade als fungirender Präsident könnte dann sofort eine neue Supreme Court ernennen; und wenn dann Ben Butler noch an Stelle des unzuverlässigen Grant mit dem Obercommando der Armee bekleidet werden könnte, dann würde ja das radikale Paradies allgemeiner Glückseligkeit nicht mehr fern sein.—L. A.

Ansichten der Presse über den Plan, den Präsidenten in den Anklagezustand zu versetzen.

New York, 8. Januar. — Fast alle Morgenzeitungen sprechen sich gegen das Inanklagezustandsetzen des Präsidenten aus. Die „Tribüne" meint, daß, wie sehr auch der Präsident es verdienen möge, doch einem derartigen Schritte kein Nutzen abzusehen sei. Der „Herald" behauptet, daß Johnson sich nicht mehr hat zu Schulden kommen lassen, wie irgend einer seiner Vorgänger im Amte von Jackson an gerechnet. Die „Times" sagt, daß dieselben Anklagen schon zu oft vom Sprecherstuhle in beiden Häusern gehört wurden. Die „World" verliert kein Wort darüber. Es scheint überhaupt, daß der Senat die Anklagen gar nicht in Erwägung ziehen wird.

Telegraphisches.

Sen. Cowan als Gesandter für Oestreich nominirt.

Washington 16. Jan.

Der Präsident hat heute dem Vernehmen nach Hrn. Edgar Cowan, der jetzt noch Bundessenator ist, dem Senat als Gesandte in Oestreich vorgeschlagen. Der Amtstermin des Senators Cowan läuft mit dem 4. März d. J. zu Ende.

Von Washington.

Washhington, 11. Jan. Forneys Drohung. — In einem Leitartikel des Washington Chroniele sagt heute Colonel Forney: „Wenn der bestehende Conflikt nicht durch ein Impeachment beendet wird, dann wird er in einem Bürgerkrieg enden." (So? man mache einmal den Versuch!—Anm. d. Herausg.)

Das Justiz-Committee hat sich heute nicht mit der Impeachments Frage befaßt, sondern untersuchte die Angelegenheit bezüglich der Behandlung der als Vagabunden aufgegriffenen Neger in Maryland seitens der Gerichtsbehörden.

Die Neger-Wahlrechtsbill für den Distrikt Columbia ist amtlich publizirt worden. Die Secretäre des Senats und des Repräsentantenhauses haben derselben ihre Atteste beigefügt und bemerkt, daß die Bill Gesetz geworden sei, des Vetos des Präsidenten ungeachtet.

Die Tarifbill. Heute hat Senator Fessenden Namens des Finanz-Committees Bericht über die Tarifbill erstattet. Das Committee nimmt die vom Commissär Wells entworfene Bill als Basis an, und legt sie mit Amendements versehen, als ein Substitut für die Bill des Hauses vor. Das Committee nahm im wesentlichen die vom Haus vorgeschlagenen Tarifsätze auf Wolle, Wollenwaaren und Eisen an, und erhöhte die Zölle auf Eisen einigermaßen über die im Bericht des Herrn Wells vorgeschlagenen Raten. Die Freiliste ist im wesentlichen unverändert geblieben.

Die Neger-Convention.

Washington, 11. Jan. Die „National Equal Rights League Convention" der Neger hat Resolutionen angemommen, die folgende Punkte berühren: Das Wahlstimmrecht, weil sie amerikanische Bürger und dazu berechtigt sind. Als Steuerzahler nehmen sie das Recht in Anspruch, in der Staats-Legislatur und im Congreß vollkommen repräsentirt zu sein. Sie nehmen alle diese Rechte in Anspruch, weil sie Patrioten sind und sich als solche durch ihre Loyalität für die Nation erprobt und sich in der Stunde der größten Prüfung mit Selbstaufopferung betragen haben. Uebrigens sei das Wahlrecht ein jedem eingebornen amerikanischen Bürger von Natur aus zustehendes Recht, gleichviel, ob er schwarz oder weiß ist, wenn er nur die Volljährigkeit erlangt hätte. Ein Committee wurde ernannt, das dem Fünfzehner-Ausschuß aufwarten und denselben um eine in der Angelegenheit zu pflegende Conferenz ersuchen soll.

Die Negerconvention in Washington.

Washigton, 13. Jan. In der Samstagssitzung der Negerconvention sprach John H. Harris von Nord Carolina, ein Farbiger. Der Mann verlangte Waffen und das Stimmrecht — dann könnten die Neger mit den Weißen des Südens schon fertig werden! — Ein anderer Neger, Namens Forton von Pennsplvanien, leistete in „Blech" das Mögliche. Er sagte, daß die republikanische Partei, um den Johnsonleuten, Feniern und südlichen „Rebellen" die Spitze bieten zu können, der Hülfe der Negerbevölkerung bedürfe! Ex-Gouverneur Hamilton von Texas repräsentirte die Weißen. Ein Brief von Senator Sumner enthielt Glückwünsche.

Aus Washington.

Washington, 13. Jan. Die Supreme Court hat das Urtheil des Criminalgerichtshofes in Betreff des des Meineids angeklagten Sandford Conover, alias Ch. A. Dunham, bestätigt. Die Auflage wurde bekanntlich auf Grund der Aussagen Conover's vor dem mit der Untersuchung gegen Jefferson Davis beschäftigten Justizausschusse des Repräsentantenhauses erhoben. Die weiteren Prozeßverhandlungen werden nunmehr ihren Fortgang nehmen.

Verhaftung eines Steuerbeamten.

Philadelphia, 31. Dez. Der erst vor einigen Monaten zum Steuerassessor des zweiten Distrikts ernannte Calhoun M. Dearinger ist arretirt worden, weil er von einem Branntweinbrenner hat Geld erpreissen wollen, indem er zuerst die Branntweinbrennerei mit Beschlag belegte und dann sich bereit erklärte, gegen eine Abfindung von $1000 die Sache auf sich beruhen lassen zu wollen. Die Angelegenheit erregt hier sehr viel Aufsehen. Heute Nachmittag schon sollte sein Verhör stattfinden.

Lohn-Reduction.

Lawrence, Mass., 4. Jan. Mehrere der bedeutsamsten Corporationen in hiesiger Stadt haben soeben ihren Arbeitern mitgetheilt, daß sie sich eine Lohnabminderung von 10 Procent gefallen lassen müssen, wegen der jetzt so sehr gedrückten Verhältnisse der Marktpreise der Waaren, und wegen des flauen Zustandes der allgemeinen Fabrik-Interessen.

Locale Neuigkeiten.

Lancaster, Pa.

Donnerstag, Januar, 17. 1867.

Veränderung in den Geschäftsstunden der Post-Office. — Seit dem 14. dieses sind die Geschäftsstunden der Lancaster Post-Office folgende:

Von Oktober bis April, offen um 8 Uhr Morgens, geschlossen um 7 Uhr Abends.

Von April bis Oktober, offen um 7 Uhr Morgens, geschlossen um 7 Uhr Abends.

Brief-Liste. — Folgende Briefe deutschklingender Namen blieben in dem Postamte zu Lancaster am 14. ds. Mts. liegen:

Damen-Liste:

Mrs. Christiana Buch, Martha Charles, Anna Louisa Christ, Mrs. Anna E. Eirman, Anna Frick, Ann Krieder, Mrs. Saeah Loatvig, Mary Musser, Mrs. Catharine Nicklas, Mrs. Elisabeth Rohrer, Sophie Stull.

Herren-Liste:

Theodore Awsorz, C. Kaufmann, Heinrich Doner, Peter Diehl, Benj. Eshenshade, Heinrich Getz, Ferdinand Ganbrier, Dr. H. S. George, Charles Heckler, Dieterich Hird, H. M. Herr, John M. Heß, 2; E. B. Herr, Harvey Kurtz, W. John Koner, J. B. Lindeman, Solomon Loll, Philipp Larrent, Mr. Myers, Jakob Moserman, Mankionen u. Bro., Rob. Miller, H. Nirdoffer, Jakob Northdorf, Lieut. J. A. Roman, Frank Strouß, John Stocker, M. B. Smith, Simon B. Stauffer, J. F. Shofestal, Thomas Thoman, Urban u. Watson, B. Weimstock, A. N. Wamer, 2; David Yock.

Nachahmungswerth. — Fräulein Mishler, Tochter von Dr. Mishler, dem „Bitters-Mann", vertheilte am Morgen des Neujahrstages tausend Brode an die Armen dieser Stadt.

Der Conestoga Council von dem Orden der Rothen Männer von dieser Stadt schenkte $10 der hiesigen Kinder-Heimath, als ein Weihnachts-Geschenk.

Obige noble Beispiele gereichen den Betheiligten zur größten Ehre, indem sie zeigen, daß ihre Herzen gegen das Bitten und Flehen der Armen und Waisen noch nicht verstockt sind.

Vermehrung von County-Taxen. — Wir berichteten neulich, daß die Commissioners von Lancaster County den County Tax von drei auf fünf Mills erhöht hätten. Diese Taxerhöhung hat in verschiedenen Theilen des Countys großes Aufsehen erregt. Die Comissioners haben jedoch seitdem eine Erklärung über diese Taxerhöhung den Herausgebern des „Intelligencer" eingesandt, worin sie gegründete Ursachen dieses Schrittes angeben. Unter anderen sagen sie, daß durch den Bau eines Hospitals die County-Schuld bedeutend erhöht worden sei; daß mehrere Brücken haben gebaut werden müssen, und daß die Gebühren der Geschworenen, Zeugen und Assessoren erhöht wurden, und endlich, daß Solche, die dem County Gelder geliehen, mehr Interessen für ihre Gelder verlangten.

Sind die Angaben der Commissären richtig, und wir haben bis jetzt wenigstens noch keine Ursache daran zu zweifeln, so ist allerdings ihre Handlung zu rechtfertigen, besonders da, wie sie am Schlusse ihrer Erklärung sagen, es ihre Absicht ist, die County-Schulden zu verringern.

Wurde verhaftet. — Ein notorischer Pferdedieb, Namens John Clarke, der früher die Postkutsche zwischen Lancaster City und Safe Harbor für Hrn. Suter fuhr, wurde am vorletzten Samstag von Polizist Baker verhaftet. Wie uns der „Volksfreund" berichtet, hatte er sich in weiten Kreisen mit dem Pferdediebstahl befaßt. Nachdem er den Dienst des Herrn Suter in Lancaster verlassen, begab er sich nach Montour County, wo er ein Pferd stahl, verhaftet und in das Gefängniß zu Danville gesteckt wurde. Noch bevor sein Verhör stattfinden sollte, brach er aus dem Gefängniß und wurde nicht wieder eingefangen. Das Nächste was man von ihm hörte, war, daß er ein Pferd und Wagen, auf $700 geschätzt, von Jacob S. Hart, von Newtown, Bucks County, gestohlen. Er verkaufte Pferd und Wagen, wurde aber gefangen und in das Gefängniß zu Doylestown eingesperrt. Vor wenigen Nächten brach er wieder aus dem Gefängniß. Eine Belohnung von fünfzig Thaler ward für seine Wiedereinfangung angeboten. Polizist Baker fand ihu vorigen Sonntag in dem Tremont Hanse, wo er am Samstag Abend aufgestellt hatte. Das Pferd und Wagen fand man an Hrn. Suter's Hotel. Wir hoffen, daß man den Schurken sicher bis zum Verhör festhalten werde.

Seitdem Obiges geschrieben, ist der Scheriff von Montour County mit einem Haftbefehl in Lancaster angekommen, bezahlte die ausgesetzte Belohnung für die Verhaftung Clark's, und nahm ihn mit nach Danville. Als der Gefangene am Eisenbahn-Depot war, hatte sich eine große Anzahl Neugieriger dort versammelt; er schien sich aber nicht um dieselben zu bekümmern, sondern rauchte ganz gemüthlich seine Cigarre. Seine Frau war bei ihm.

Ein anderer Pferdedieb wurde vorigen Montag zu Intercourse von einem Pferdedieb-Detectiv von Bucks County verhaftet. Es wurde zuerst nach Coatesville, Chester County, und von jenem Punkte nach Lancaster seiner Spur gefolgt. Das Pferd wurde krank zu Intercourse, und der Dieb verweilte an jenem Orte. Er ist ein ältlicher Mann. Er wurde von hier nach Doylestown gebracht, wo er verhört werden wird.

Wieder ein Eisenbahn-Unglück. — Letzten Donnerstag wurde ein Deutscher, Namens Michael Hostetter an der „Gap" Station von dem 9 Uhr Zug getödeet. Wie aus dem Zeugenverhör erhellt, lief der Unglückliche gesenkten Hauptes auf dem Eisenbahn-Geleise. Der Ingenieur gab das Warnungszeichen, allein er wich nicht; als man die Cars anhielt, saß oder lag er auf dem „Kuhfänger"; man konnte aber keine äußere Verletzungen an ihm wahrnehmen, und glaubt, daß der schnelle Stoß der Lokomotive seinen Tod herbeigeführt habe.

Starb an seinen Verletzungen. — Charles Metzgar, von dieser Stadt, der junge Mann, welcher durch die zufällige Entladung seiner Flinte verwundet wurde, als er am 26sten vorigen Monats in Ost-Hempfield Township, auf die Jagd gegangen war, starb vorigen Montag Morgen an den Folgen der erhaltenen Verletzungen.

Zufälliges Erschießen. — Vorigen Mittwoch schoß ein etwa 14 Jahre alter Knabe, Namens Singer, eine Tochter von J. Stahr von Altoona, vormals von Lancaster, und verletzte sie so schlimm, daß sie die folgende Nacht starb. Das Mädchen schöpfte Wasser aus einem Brunnen zur Zeit, als das Unglück sich ereignete. Als dem Knaben die Folgen seiner That bekannt wurden, verließ er sofort den Ort, kam aber zurück, als die Coroners-Jury einen Wahrspruch des zufälligen Erschießens gefällt.